

Wolfgang Däubler Widerstand heute

Rede anlässlich einer Gedenkfeier am 18.11.1984 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslager »Oberer Kuhberg« in Ulm

Eine Feierstunde an diesem Ort abzuhalten, bedeutet zurückzuschauen. Zurückzuschauen auf eine Zeit, in der die Barbarei herrschte, wo ein unbedachtes Wort die Existenz, ja das Leben kosten konnte. Eine Zeit, in der Minderheiten und fremde Völker unterdrückt und physisch vernichtet wurden. Eine Zeit, die bei vielen Gutgläubigen die Vision eines größeren Deutschland schuf, ein Traum, der in den Trümmern von Hamburg und Dresden endete. Es hat mutige Männer und Frauen gegeben, die gegen diese Entwicklung gekämpft haben. Sie haben Leben und Gesundheit riskiert, weil sie schlimmeres von unserem Volk abwenden wollten. Sie waren die wirklichen Patrioten, nicht jene, die das Wort von der deutschen Nation lauthals hinausposaunten. Der Widerstand während des Faschismus verkörpert die humanistischen Traditionen in unserem Volk.

Auf dem Gelände eines früheren KZ über »Widerstand heute« zu sprechen, ist keine Selbstverständlichkeit. Unsere heutige staatliche Ordnung ist eine völlig andere als die bis 1945 herrschende. Niemand geht das Risiko ein, als politisch mißliebiger von einer geheimen Staatspolizei verhaftet, gefoltert und umgebracht zu werden. Es gibt keine KZ's und keine Zwangsarbeit, Presse und Rundfunk können frei berichten. Niemand kann gegen sein Gewissen zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden, jeder hat Ausreisefreiheit und kann sich in anderen Ländern niederlassen, wenn er Land und Leute dort mehr schätzt als hier.

Wir wissen alle, daß kein Anlaß besteht, diesen Zustand zu idealisieren. Die Sicherheit des Bürgers vor polizeilichem Zugriff hört dann auf, wenn jemand aus welchen Gründen auch immer in den Verdacht gerät, terroristische Bewegungen zu unterstützen. Die Presse hat zwar volle Freiheit, doch heißt dies nicht, daß auch wirklich über alles berichtet würde. Oftmals wird die ganze Wahrheit erst dann deutlich, wenn man Fernsehen West und Fernsehen Ost sehen kann oder gleichermaßen »Prawda« und »New York-Times« liest. Nicht jeder, der aus innerer Überzeugung den Wehrdienst ablehnt, wird auch als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Wer bestimmte unerwünschte Meinungen vertritt, riskiert ein Berufsverbot — sei es im Betrieb — sei es im öffentlichen Dienst mit allen Konsequenzen, die dies für den Betroffenen und seine Familie hat. Wenn Bürgerrechte also nicht in vollem Umfang realisiert sind, so heißt dies nicht, daß man die Unterschiede zum Faschismus verwischen dürfte. Eine eingeschränkte Freiheit ist besser als die totale Unfreiheit. Nützen wir die uns verbliebenen Spielräume, um Bürgerrechten volle Anerkennung zu schaffen.

Politische Rechte und politische Freiheiten betreffen nur einen kleinen Teil der Existenz des Einzelnen. Bessere Spielregeln für den politischen Umgang bedeuten nicht, daß wir deshalb in einer humanen Gesellschaft leben würden. Lassen Sie mich dies an fünf Bereichen verdeutlichen.

Der äußere Frieden ist gefährdet. Unser Land hat die größte Raketendichte in der Welt — nirgendwo sonst gibt es so viele Lance- und Pershing-Raketen und wie sie alle heißen auf

so engem Raum. Wir sind das einzige Land im westlichen Bündnis, wo amerikanisches Giftgas gelagert ist. Die neuen Raketen bedrohen Städte und Kommandozentralen des Warschauer Pakts, — wir sind die ersten Opfer, wenn aus dem Krieg der Worte und der wissenschaftlichen Pressionen ein Krieg der Waffen wird. Wir haben nicht einmal das Recht, über unser Schicksal mitzuentcheiden, — wir haben zu wenige Patrioten, die nach der Devise handeln würden »Amerika den Amerikanern«, aber auch »Europa den Europäern«. Im sicherheitspolitischen Bereich sind wir ein Vasallenstaat — wir tragen das Risiko, aber unsere Mitbestimmung ist nach den NATO-Richtlinien eine Konsultation, eine Anhörung, die stattfindet, sofern Zeit und Umstände es erlauben. Dies ist ein inakzeptabler, mit unserer Verfassung wie mit unserer Selbstachtung unvereinbarer Zustand. Inhuman ist zum zweiten die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens. Der Wald stirbt, doch die Kohlekraftwerke produzieren weiter, die großen Autos fahren weiter mit Höchstgeschwindigkeit über die Autobahn. Muß man wirklich erst warten, bis der letzte Baum zerstört ist, ehe das Profit- und das Arbeitsplatzargument keine Gültigkeit mehr besitzt? Und vergessen wir nicht, Zerstörung der Natur bedeutet irgendwann auch Zerstörung des Menschen. Niemand kann im Ernst daran glauben, Pflanzen und Tiere könnten sterben, der Mensch dieselben Gifte aber unversehrt überstehen. Wir müssen uns wehren, wir müssen Druck ausüben, daß gerettet wird, was noch zu retten ist.

Inhuman ist unsere Gesellschaft auch im Arbeitsleben. Humanisierung der Arbeitsbedingungen ist eine Forderung, der sich niemand verschließt. Doch wenn es um die konkrete Umsetzung im Betrieb geht, fehlen die Rechtsgrundlagen und fehlt auch der gute Wille, Dinge zu tun, die einige Kosten verursachen. Noch immer ist der Einzelne nichts anderes als ein kleines Rädchen in dem großen betrieblichen

Apparat; Entscheidungen werden oben getroffen — von den Eigentümern und den Managern, nicht von denen, die das Arbeitsplatzrisiko tragen. Die Demokratie endet am Werkstor, und das heißt, daß wir den größeren Teil unserer Zeit nicht als Bürger, sondern letztlich als Befehlsempfänger verbringen. Daß Arbeit gleichwohl soziale Anerkennung bringt, daß auch an schlechten Arbeitsplätzen noch so etwas wie alltäglich praktizierte Solidarität existiert, wird erst dann deutlich, wenn man arbeitslos ist. Der technische Wandel wird bei uns auf Kosten der Schwächsten vollzogen: Wessen Arbeit durch die Maschine oder den Computer ersetzt wird, der bekommt sein Entlassungsschreiben. Wer gesundheitlich angeschlagen ist oder zu einer Minderheit gehört, also Ausländer, Straftlassener, ungedienter Wehrpflichtiger usw. hat nur in Glücksfällen eine Chance, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Auch Frauen werden wie die Minderheit behandelt; auch ihre Chancen sind gering. Auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich ein Ausleseprozeß zugunsten der Starken und Robustén; sozialstaatliche Sicherung erweist sich als Illusion.

Die moderne Informationstechnik bringt neue, bisher ungeahnte Gefahren. Bald wird es möglich sein, nicht nur jedes geführte Telefongespräch einschließlich der angerufenen Nummer zu erfassen; sondern auch den Sprecher durch Stimmvergleich zu ermitteln. Schon heute gibt es Kontrollsysteme, wo ein maschinenlesbarer Ausweis nicht mehr ausreicht, sondern der Zugang erst freigegeben wird, wenn der Fingerabdruck von der Rechenanlage überprüft wurde. Der Bewußtseinsindustrie eröffnen sich ungeahnte Wirkungsmöglichkeiten; öffentliche Kontrolle von Fernsehen und Rundfunk wird kaum mehr möglich sein. Schlimm daran ist nicht nur die Tatsache, daß der Einzelne manipuliert wird; auch alle anderen Bürgerrechte verlieren an Bedeutung, wenn der Bürger nicht mehr weiß, um was es geht. Es reicht, in die USA zu schauen, und die durch das Fernsehen

vermittelte totale Unkenntnis über wesentliche Fragen der Weltpolitik sich vor Augen zu führen. Da geht es dann nur noch darum, denjenigen zu wählen, der sich als »good guy« im Fernsehen präsentiert, der dem Einzelnen die Vorstellung vermittelt, genauso wie er selbst zu denken. Nicaragua, Libanon oder Bundesrepublik — das alles sind sehr ferne Größen; man weiß so gut wie nichts über sie und hat deshalb nicht einmal ein schlechtes Gewissen, dem Präsidenten hier eine Blanko-Vollmacht auszustellen. Daß es bei uns bislang nicht dazu kam, hängt ein wenig mit der anderen Struktur der Medien, aber auch damit zusammen, daß vorläufig noch keine entsprechende Führungsfigur aufgetreten ist.

Inhuman ist unsere Gesellschaft schließlich auch, wenn es um die Behandlung der Dritten Welt geht. Natürlich entsenden wir keine »Schutztruppe« mehr nach Deutsch-Südwest, sondern schicken Botschafter, die den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend ihr Beglaubigungsschreiben überreichen. Wir schicken Geschäftsleute, die investieren wollen. Das klingt gut, doch führt es dazu, daß in den meisten Ländern Löhne gezahlt werden, die ungefähr 10% der hier üblichen ausmachen. In vielen Ländern ist es den Firmen auch möglich, Steuerbefreiungen durchzusetzen und sich preiswert mit Energie zu versorgen. Es gibt Weltmarktfabriken, zu denen das Gastland nur die Arbeitskräfte beisteuert. Technologietransfer steht auf dem Papier, das Entwicklungsland wird wirtschaftlich nicht stärker sondern schwächer. Die Politik des internationalen Währungsfonds hat dazu geführt, daß nicht nur soziale Sicherungssysteme abgebaut wurden; auch die Verschuldung der Entwicklungsländer wurde immer größer. Man hat sich bisher noch kaum Gedanken darüber gemacht, was es bedeutet, von einem Land Geld zurückzufordern, in dem Hungersnot herrscht: Geht die vertragliche Bindung so weit, auch dann bezahlen zu müssen, wenn deshalb Nahrungsmittel und Medikamente

nicht gekauft werden können, die zur Rettung von Menschenleben unabdingbar sind? Vergleich zu den sich hier stellenden Problemen ist die von staatlicher Seite geleistete Entwicklungshilfe eine Art Tropfen auf dem heißen Stein.

Was können wir tun gegen

- die Gefährdung des Friedens,
- die Zerstörung der Umwelt,
- inhumane Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit,
- Totalerfassung des Menschen und
- Unterdrückung der Dritten Welt?

Wenn unsere Existenz oder die anderer Menschen gefährdet ist, wird dann nicht Widerstand zur Bürgerpflicht?

Man kann diese Frage nicht mit einem schlichten »Ja« oder »Nein« beantworten. Widerstand im Sinne des grundgesetzlichen Widerstandsrechts kommt sicherlich nicht in Betracht. Widerstand in diesem Sinne würde nämlich bedeuten, auch Gewalt anwenden können, ja selbst fremde Menschenleben unbedingt schonen zu müssen. Ein solcher »Widerstandsfall« ist zweifellos nicht gegeben. Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz: Widerstand nur bei einem Anschlag auf Verfassung und nur unter der weiteren Aussetzung vor, daß anderweitige Abhilfe nicht möglich ist. Abgesehen vom Extremfall des Putschversuches ist ein solcher Ausnahmestaat immer gegeben: Man kann zumindest an die staatlichen Gerichte wenden und dort Abhilfe verlangen. Nun könnte man freilich der Auffassung sein, Gerichte sind von vornherein ungeeignet, für die Herstellung humanerer Verhältnisse zu sorgen. Selbst wenn man dies als richtig unterstellt, ist für die praktische Auseinandersetzung wenig gewonnen — im Konfliktsfalle werden eben jene Gerichte darüber zu entscheiden haben, ob die Handlungen vorliegen oder ob der Widerstandsfall gegeben war. Wollten sie letzteres annehmen, würde dies bedeuten, daß si

selbst für nicht geeignet ansehen müßten, anderweitige Abhilfe zu gewähren — eine ganz und gar unwahrscheinliche Konstellation. Für mich ist deshalb die Situation klar: Das Widerstandsrecht im Sinne des Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz ist kein Bestandteil des demokratischen Auseinandersetzungsprozesses, sondern eine Art Notbehelf gegen den Versuch, die Institutionen des Rechtsstaats zu beseitigen.

Es wäre eine tragische Verengung, wollte man »Widerstand« nur im Rahmen des grundgesetzlichen Widerstandsrechts sehen. Sich zu widersetzen, Nein zu sagen, Widerstand zu leisten ist selbstverständlicher Bestandteil jeder Demokratie. Wer sich als Bürger und nicht als Untertan versteht, muß Nein sagen können zu Zumutungen, die von den Herrschenden an ihn gerichtet werden.

Widerstand kann verschiedene Formen annehmen. Dazu gehört die Teilnahme an Demonstrationen, die Unterschrift unter Aufrufe, aber auch der Streik oder die Blockade militärischer Einrichtungen. Welche Form die angemessene ist, läßt sich nicht abstrakt bestimmen; die Größe der Gefahr reicht als solche noch nicht aus, um viele zu aktivem Tun zu veranlassen.

Widerstand ist auch heute nicht ohne Risiko möglich. Man muß damit rechnen, als Demonstrationsteilnehmer fotografiert zu werden, man muß damit rechnen, daß die Unterschrift in den Computern des Verfassungsschutzes gespeichert wird. Erst recht muß man mit strafrechtlichen Sanktionen rechnen, wenn man ein Munitionslager blockiert. Niemand wird ein unnötiges Risiko eingehen wollen, — wichtig ist deshalb, auch solche Widerstandsformen zu entwickeln, die zwar Druck ausüben, die sich jedoch innerhalb der Rechtsordnung bewegen. Im betrieblichen Bereich gibt es ein ganzes Arsenal an Formen des Ungehorsams. Man kann Betriebsversammlungen über die üblichen zwei Stunden hinaus dauern lassen, die Belegschaft kann gruppenweise die Sprech-

stunde des Betriebsrates aufsuchen oder Einsicht in die Personalakte verlangen, man kann die Arbeitsleistung zurückhalten, solange Arbeitsschutzvorschriften nicht beachtet werden, — der Mittel gibt es viel, die Belegschaften müssen nur bereit sein, sie im konkreten Fall auch zu nutzen. Auch im außerbetrieblichen Bereich lassen sich viele Aktionen dieser Art denken: Man legt gegen jeden kleinen Bußgeldbescheid Einspruch ein, man kündigt die bargeldlose Zahlung auf, man hebt an einem bestimmten Tag einheitlich Geld vom Konto ab, — die Folgen für das bestehende Gesellschaftssystem wären wahrscheinlich gravierender als die eines Generalstreiks von einem Tag. Daß es trotz aller Bedrohungen bisher nicht dazu gekommen ist, hängt damit zusammen, daß »Widerstand« für die meisten ein Ausnahmetatbestand ist, eine Aktivität, der man am Wochenende oder in der Freizeit nachgeht, die aber den eigentlichen Alltag unberührt läßt. Man ist bereit, am Samstag in aller Frühe aufzustehen und nach Bonn zur Demonstration zu fahren, — am folgenden Montag im Betrieb Flugblätter zu verteilen oder sich mit der Verwaltung anzulegen, ist sehr viel schwieriger. Erst wenn der Widerstand den Alltag einbezieht, wird er Erfolg haben.

Widerstand heute ist gerechtfertigt. Die Formen sind in der Demokratie andere, das Ziel einer humanen Gesellschaft ist dasselbe.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch einen Gedanken aufgreifen, den ich in dem 1982 an dieser Stelle gehaltenen Referat von Herbert Holzhauser gefunden habe. Mit Blick auf die SPD sagte er: »Macht die Partei wieder zu dem, was sie war: Sammelbecken für alle, deren Blick nach vorn gerichtet ist! Wir müssen wieder die Vordenker unseres Volkes werden! Das erfordert Kopfarbeit und Solidarität. Unsere Nachkommen sollen dereinst wieder mit Stolz singen können: Mit *uns* zieht die neue Zeit!« Widerstand allein ist Negation des Schlimmen oder des noch Schlimmeren. Er de-

finiert sich in der Entgegensetzung. Wir brauchen mehr. Wir müssen Konzepte erarbeiten und vertiefen für eine friedliche Welt, für den Schutz der Umwelt, für humane Arbeitsplätze, für eine sinnvolle Nutzung neuer Technologien

und für eine Kooperation mit der Dritten Welt. Laßt uns ans Werk gehen — wenn wir den Blick nach vorn richten, erfüllen wir am besten das Vermächtnis der Widerstandskämpfer.

Ingo Baldermann

Auf dem Weg zu einer Theologie des Friedens

Ein Ökumenisches Seminar in Budapest (17. bis 22. September 1984)

Ganz im publizistischen Schatten der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes fand in Budapest eine Tagung ganz anderen Zuschnitts statt. Schon die Einladung war ungewöhnlich: Es wurden Einzelne geladen, »nicht als Vertreter von Kirchen und Organisationen, damit eine wirklich offene Diskussion über die Friedensaufgaben der Christen heute geführt werden« konnte. Von vornherein wurde gesagt, daß es nicht um Resolutionen gehen sollte, sondern um einen möglichst intensiven Austausch untereinander. Die einladende Stelle war nicht eine der großen christlichen Organisationen (was Vertretern der Christl. Friedenskonferenz (CFK) nur schwer einsichtig zu machen gewesen sein soll); sie trug nur den Namen dieses Seminars: »Towards a Theology of Peace«. Seine Präsidenten waren der ungarische reformierte Bischof Dr. Károly Tóth (nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CFK, sondern als Bischof) und Mr. Stephen Tunnicliffe MA vom Britischen Kirchenrat. Die ursprünglich vorgesehene Teilnehmerzahl von etwa 60 hatte sich bei dem Versuch, unterschiedliche Standpunkte, Bekenntnisse und Weltreligionen dabei zu haben, am Ende verdoppelt.

Der erste Eindruck in dem großen Festsaal des Raday-Kollegs ist der einer babylonischen Sprachverwirrung. Übersetzungsanlagen sind

installiert, aber die Übersetzer sitzen nicht in Kabinen, sondern im Plenum. Der ökumenische Neuling fragt sich erschrocken, wie der bei solch einem Geräuschpegel auch nur eine Funke des Verstehens überspringen soll. Ab dann geht es wie in der Pfingstgeschichte: Ich entdecke, daß die anderen im Grunde meine Sprache sprechen; die Verständigung bei Tisch oder in der Arbeitsgruppe, selbst radebrechend, ist ungleich einfacher als mit normalerweise gutgläubigen Lesern westdeutscher Zeitungen. Gesprächspartner aus Neuseeland und Australien zeigen sich glänzend informiert über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik nach der »Wende«, auch der westdeutschen Friedensbewegung. Die gern verbreitete Behauptung, jenseits des großen Teiches könne ohnehin niemand mehr verstehen, was in Deutschland geschieht, stimmt so offenbar nicht.

Im Fortgang der Arbeit erweist es sich, was überaus weise die Vorgabe war, auf die Erarbeitung von Resolutionen zu verzichten. Die Verhandlungsführung durch die beiden Präsidenten bewahrt all die Tage hindurch ihre anfangliche Gelassenheit; Geschäftsordnungsbatten gibt es fast gar nicht; an keiner Stelle kommt es zu den üblichen unfruchtbaren Konfrontationen zwischen den offiziellen Sprachmustern von östlicher und westlicher Politik.